

# Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

---



**September 2019**

# Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde,

um Ihnen eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter [www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de).

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst  
Ihre Editha Westmann

# Aus dem Landtag – September 2019

---

## ***Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 20. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 10. bis 13. September 2019 behandelt***

- Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der richterlichen Mitbestimmung und zur Stärkung der Neutralität der Justiz (Drs. 18/4394)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ministergesetzes (Drs. 18/4470)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften (Drs. 18/4471)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften (Drs. 18/4501)
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (Drs.18/4502)
- Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020-HG 2020) (Drs. 18/4285 neu)
- Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020 (Drs. 18/4486)
- Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern (Drs. 18/2582)
- Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs (Drs. 18/4507)
- Benennung des niedersächsischen Mitglieds und dessen Stellvertreters im Ausschuss der Regionen der EU für die 7. Mandatsperiode (2020 bis 2025) (Drs. 18/3947)
- Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen – Einsatzkräfte nicht im Stich lassen! (Drs. 18/2902)

# Aus dem Landtag – September 2019

---

## ***Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 20. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 10. bis 13. September 2019 behandelt***

- 40 Jahre Erfolgsgeschichte – Niedersächsische Jugendwerkstätten nachhaltig stärken (Drs. 18/2580)
- Veräußerung der Landesliegenschaft Blumentahlstraße 32 in Osnabrück, Gemarkung Osnabrück, Flur 209, Flurstück 32/3 (Drs. 18/4429)
- Häuser des Jugendrechts“ sind schon jetzt ein Erfolgsmodell! (Drs. 18/4487)
- Fake-Shops bekämpfen und nationales IT-Gütesiegel etablieren – digitale Sicherheitslücken schließen (Drs. 18/4488)

## ***Aktuelle Stunde***

- Verfassungsrang des Kinderschutzes in Niedersachsen mit Leben füllen! Drs. 18/4535

## ***Fragestunde***

- Wald im Umbruch – Unterstützung für Wiederaufforstung? (Drs. 18/4478)

# Aus dem Landtag – September 2019

---

**Rede des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, zu TOP 14b**  
**„Rechtsextremismus als Gefahr für unsere Demokratie - Staat und Gesellschaft treten Rassismus und**  
**Rechtsextremismus entschlossen entgegen“ (11.09.2019)**  
**-es gilt das gesprochene Wort -**

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine wichtige staatliche Aufgabe in einer wehrhaften Demokratie. Die Überschrift der aktuellen Stunde macht das sehr deutlich.

Der Vorwurf des Rechtsextremismus wiegt daher umso schwerer in einem parlamentarischen System gegenüber einer Fraktion, die dem Parlament angehört. Die Fraktion der CDU hat daher bislang darauf verzichtet die Fraktion und die Partei der AfD öffentlich mit diesem Vorhalt zu konfrontieren. Das Auftreten und Agieren der AfD während und im Umfeld des Tages der offenen Tür im Landtag haben jedoch den Charakter der AfD der Öffentlichkeit noch einmal deutlich vor Augen geführt. Ich habe daher die Diskussion zu diesem Thema im Ältestenrat dazu genutzt, deutlich zu machen, dass es sich bei der AfD Niedersachsen nach unserer Meinung um eine rechtsextreme Partei handelt. Am Freitag habe ich dieses auch in einem Pressegespräch öffentlich gemacht.

Die AfD in Niedersachsen hat eine klare Nähe zu rechtsextremen und verfassungsfreundlichen Organisationen. Zum Teil sind diese Gruppen ausweislich des Verfassungsschutzberichtes Beobachtungsobjekte der Behörde. Die AfD bietet den Mitgliedern und Sympathisanten dieser Gruppen mit Ihren Parteitage, ihren Veranstaltungen und ihren sozialen Plattformen ein Forum, ihre rechtsextremen Positionen zu verbreiten.

Die AfD in Niedersachsen schürt Ressentiments, die klar dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Besonders auffällig sind die fremden- und ausländerfeindlichen Positionierungen und Äußerungen welche die politische und argumentative Grundlage für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bilden.

# Aus dem Landtag – September 2019

---

Die AfD verharmlost die Zeit des Nationalsozialismus und versucht, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Die AfD beschädigt bewusst die Würde und das Ansehen der politischen Verantwortungsträger, der staatlichen Institutionen und der freien Presseorgane in Deutschland und gibt diese der Lächerlichkeit preis.

Deshalb ist die AfD nach unserer Meinung rechtsextrem. An einer Stelle ist die AfD allerdings anders als andere rechtsextreme Parteien. Während die NPD, die DVU oder die Republikaner keinen Zweifel daran lassen oder gelassen haben, dass sie rechtsextreme Parteien sind, weißt die AfD diesen Vorwurf weit von sich. Möglicherweise verspricht Sie sich davon eine höhere Attraktivität für die Wählerinnen und Wähler. Aber es entspricht eben nicht der Wahrheit.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**04. September 2019**

**Toepffer übernimmt Schirmherrschaft für Jugendpolitiktag „Auftrag Demokratie“**

Hannover. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen der Beratungen der Fraktionsklausur in Verden zum Thema Städte- und Wohnungsbau: „Mit unserem 10-Punkte-Papier schaffen wir den roten Faden für eine moderne Städte- und Wohnungsbaupolitik in Niedersachsen. Wir sagen der Wohnungsnot den Kampf an – egal ob im privaten oder im geförderten Wohnungsmarkt!“ Er verwies auf die jüngst von den Koalitionsfraktionen bereitgestellten Wohnungsbaufördermittel von 400 Mio. Euro. Die nun vorgestellten Vorschläge sollen eine möglichst effiziente Verwendung der verfügbaren Mittel sicherstellen.

„Der Wohnungsbau ist zu teuer, zu langsam und zu bürokratisch“, kritisierte der baupolitische Sprecher Martin Bäumer. „Wir brauchen konkrete Anstrengungen auf Bundes- und Landesebene, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.“ Es gibt seiner Meinung nach kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. „Besonders vielversprechend sind die Vorschläge des Bündnisses für bezahlbares Wohnen“, ist Bäumer überzeugt. Aufgabe der Politik sei es jedoch, den umfangreichen Katalog an Vorschlägen zu priorisieren und zügig umsetzbare Maßnahmen zu identifizieren.

Dirk Toepffer kündigte an, das 10-Punkte-Papier zur Grundlage für die weiteren Beratungen mit dem Koalitionspartner zu machen. „Wir glauben, dass wir auf diesem Wege unser Ziel erreichen können: mehr bezahlbarer und attraktiver Wohnraum in ganz Niedersachsen.“ Wichtig sei dabei, das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen. „Im Wohnungsbau darf nicht mehr auf Zeit gespielt werden. Am wenigstens gebrauchen können wir Enteignungs- und Umverteilungsfantasien, die notwendige Investitionen weiter verzögern.“

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**04. September 2019**

**Dammann-Tamke: Land- und Forstwirtschaft durch den Klimawandel betroffen, gleichzeitig bedeutend für die Bekämpfung desselben**

Hannover. „Betroffene des Klimawandels sind sowohl die Land- wie auch die Forstwirtschaft, jedoch nehmen sie auch gleichzeitig eine bedeutende Schlüsselposition bei der Bekämpfung des Klimawandels ein“, erklärt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke nach der heutigen Anhörung im Landwirtschaftsausschuss. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass die Produktion von Lebensmitteln wie auch die Gewinnung von nachwachsenden Rohstoffen ohne Emissionen nicht möglich sei.

„Die Landwirtschaft in Niedersachsen verfügt jedoch über ein bedeutendes Reduktionspotenzial. Dauergrünland hat in diesem Zusammenhang eine elementare Bedeutung, da es durch die ganzjährige Begrünung und intensive Durchwurzelung effektiv CO<sub>2</sub> speichert. Darüber hinaus verfügt auch das niedersächsische Ackerland über ein bedeutendes Potenzial als Kohlenstoffspeicher“, so der Agrarexperte.

Um das Einsparpotenzial in den Sektoren Land- und Forstwirtschaft weiter zu steigern, bedürfe es einer ideologiefreien Diskussion um die Nutzung moderner Züchtungsmethoden (Genom Editing): „Diese ermöglichen die bessere Selektion in Bezug auf Wasserknappheit und zum anderen die deutliche Reduktion beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, wodurch der Sektor Landwirtschaft einen zusätzlichen Beitrag zum Arten, Umwelt- und Klimaschutz leistet.“

Auch der Verbraucher könne durch bewusste Konsumententscheidungen und einer Verringerung der Lebensmittelverschwendung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.



# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**06. September 2019**

**Toepffer: Stopp von Tiertransporten in Drittländer ist die richtige Entscheidung**

Hannover. „Die Entscheidung unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast, Tiertransporte in ausgewählte Drittländer zu stoppen, ist richtig und wir begrüßen diese ausdrücklich“, erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer nach der heute bekanntgewordenen Entscheidung. Eklatante Verstöße gegen den Tierschutz werde die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion wie angekündigt nicht mehr dulden.

„Seit Beginn der Wahlperiode setzt sich die CDU-Landtagsfraktion konsequent für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl ein. Nach Entscheidungen für mehr Videoüberwachung in Schlachthöfen und der Forderung nach einem verpflichtenden Tierwohllabel ist das Verbot von Tiertransporten in Drittländer folgerichtig“, so Toepffer. Die CDU Landtagsfraktion werde den eingeschlagenen Weg für mehr Tierschutz konsequent fortsetzen und die Landwirtschaftsministerin auf ihrem Weg weiterhin tatkräftig unterstützen.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**10. September 2019**

**Modder und Toepffer: Klimagesetz der Regierungsfractionen kommt – hoher Stellenwert und ambitionierte Ziele für den Klimaschutz**

Hannover. Am Dienstag hat die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag den gemeinsamen Entwurf des Klimagesetzes von SPD und CDU beschlossen. Nachdem die SPD-Fraktion bereits in der vergangenen Woche über den Entwurf beraten hatte, ist damit der Weg frei für eine Einbringung des Entwurfes im Plenum des Landtags im kommenden Oktober.

Die Vorsitzenden der Regierungsfractionen von SPD und CDU, Johanne Modder und Dirk Toepffer, erklären dazu: „Mit dem niedersächsischen Klimagesetz macht die rot-schwarze Regierungskoalition deutlich, welchen Stellenwert der Klimaschutz für uns hat. Niedersachsen setzt sich mit diesem Gesetz klare Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen, zum Schutz und Ausbau von Kohlenstoffspeichern und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Modder hebt dabei auch die geplante Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Landesverfassung hervor: „Mit der Verankerung des Klimaschutzes in der Landesverfassung wird Niedersachsen eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik einnehmen. Klar ist aber auch, dass dies mit einem klar formulierten Maßnahmenkatalog flankiert werden muss, den wir in den kommenden Wochen und Monaten erarbeiten werden.“

Dirk Toepffer, CDU-Fraktionsvorsitzender, betont: „Für uns sind Klimaschutz und Wohlstand keine Gegensätze. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf Einsicht und Mitwirkung der Niedersachsen. Darin unterscheiden wir uns maßgeblich von den politischen Mitbewerbern.“

Niedersachsen wolle mit dem Klimagesetz einen eigenen wirksamen Beitrag zur Erreichung der internationalen und nationalen Klimaschutzziele leisten, so Modder und Toepffer. So sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken, bis 2050 werde sogar eine Reduktion von 80 bis 95 Prozent angestrebt.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**11. September 2019**

**Toepffer: Mit dem Haushalt 2020 wird die Koalition die Aufgaben der Zukunft meistern**

Hannover. „Niedersachsen hat sich lange und ganz überwiegend gut entwickelt und es gibt Vieles, das sich bewährt hat und Vieles das es zu erhalten gilt. Gleichzeitig vollziehen sich auch in Niedersachsen Entwicklungen, die über alle Lebensbereiche hinweg Anpassungen und Veränderungen erfordern. Entwicklungen, deren Ausmaß und Dynamik so deutlich noch vor wenigen Jahren nicht unbedingt erkennbar waren“, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer zu Beginn der Haushaltsdebatte im niedersächsischen Landtag. Neben gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungen seien dies immer deutlicher auch der Klimawandel und seine Folgen. Folgen, die keine vagen Möglichkeiten, sondern schon heute für jeden spürbar seien.

Der Klimawandel sei aber nicht die einzige wichtige Aufgabe. Toepffer wies daraufhin, dass es mit Blick auf die Zukunft weitere wichtige Themen gebe, denen sich die Landespolitik stellen müsse: „Wir müssen uns dem Umbau unserer wichtigen Wirtschaftszweige – der Landwirtschaft und der Automobilindustrie – stellen, den demografischen Wandel mit den Folgen für ärztliche Versorgung und Pflege betrachten. Dazu kommen gleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Ländliche Räume und die Ballungsräume haben unterschiedliche Probleme. Das müssen wir berücksichtigen.“ Toepffer setzt dabei weiter auf die exportorientierte Wirtschaft. Landwirtschaft- und Automobilwirtschaft müssten auch künftig im Ausland Geld verdienen.

Damit dies alles berücksichtigt werden könne, würden im Landeshaushalt unter anderem folgende Akzente gesetzt: „Förderung der Elektromobilität, alternative Antriebe, Verbesserung der Ladeinfrastruktur. Wir unterstützen die Wirtschaft beim Wechsel vom Verbrennungsmotor zur E-Mobilität. Im Haushalt sind neue Stellen für Digitalprofessuren und ein Mittelstandsfonds 'Beteiligungskapital' für innovative kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen.“ Dem Problem des demografischen Wandels begegne der Landeshaushalt unter anderem mit massiven Investitionen zur Modernisierung der Krankenhäuser und 10 Millionen Euro für die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen. Damit solle den Herausforderungen in Pflege und Gesundheitsvorsorge begegnet werden.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**11. September 2019**

**Toepffer: Mit dem Haushalt 2020 wird die Koalition die Aufgaben der Zukunft meistern**

„Zur Sicherung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im ganzen Land investieren wir in die Attraktivität der ländlichen Räume und stellen sicher, dass in den kommenden Jahren rund jeder dritte Euro den Kommunen zu Gute kommt. Zusätzlich erhöhen wir noch einmal die Investitionen in den Straßen- und Radwegebau“, so Toepffer.

Das ganze geschehe mit einem strukturell ausgeglichenen Haushalt, ohne neue Schulden. Die Schuldenbremse werde eingehalten.

„Wenn wir in diesem Jahr Klimaschutz und Schuldenbremse in die Niedersächsische Verfassung aufnehmen, tragen wir mit beidem unserer Verantwortung für kommende Generationen Rechnung“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Die große Koalition in Niedersachsen werde die Zukunft meistern und sich nicht im Klein-Klein der Selbstbeschäftigung verlieren.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**11. September 2019**

**Schünemann: Wir wollen und werden unsere Einsatzkräfte nicht alleine lassen**

Hannover. „Der Rechtsschutzfonds für unsere Einsatzkräfte ist zwingend erforderlich. Wir wollen und werden Feuerwehrleute, Rettungssanitäter und alle anderen, oftmals ehrenamtlichen, Helfer nicht alleine lassen. Daher fordern wir den Bund auf, eine unbürokratische Richtlinie für den Rechtsschutzfonds zu erlassen“, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann heute im Landtag. Die in 2019 bereitgestellten Gelder müssten in den nächsten Jahren fortgeschrieben werden.

„Die Übergriffe auf unsere Einsatzkräfte haben sich leider weiter erhöht. Dies macht deutlich, dass wir diese zwingend unterstützen müssen. Wer im Einsatz Opfer von Angriffen geworden ist, muss als Zeuge vor Gericht einen Rechtsbeistand erhalten können“, so Schünemann.

Die CDU werde die Einsatzkräfte nicht im Stich lassen und auf jeden Fall dafür Sorge tragen, dass zumindest in Niedersachsen eine unkonventionelle Regelung getroffen werde.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**12. September 2019**

**Toepffer: Wir dürfen keinen Strich unter Lüge machen – Niedersachsen braucht eigenen Kinderschutzbeauftragten**

Hannover. „Wenn die Opferanwälte der Betroffenen der schrecklichen Missbrauchsfälle aus Lüge erklären, sie machen nach den Urteilen einen Strich unter die Vorfälle, werden aber nicht vergessen, habe ich dafür Verständnis. Aber wir im Niedersächsischen Landtag dürfen keinen Strich unter die Vorfälle machen. Wir sind verantwortlich und müssen unseren Verfassungsauftrag erfüllen“, stellte CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer in der aktuellen Stunde der CDU fest.

Die Politik müsse sich fragen lassen, was sie getan habe, dass solche Missbrauchsfälle nicht mehr passieren. Und die Ereignisse in Rumänien zeigten leider, dass Lüge kein Einzelfall ist.

„Wir müssen unsere Verfassung mit Leben füllen. Wir müssen auf Landesebene dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Kommunen und Präventionseinrichtungen verbessert wird“, so Toepffer. Es sei gut, dass endlich die geforderte Kinderschutzkommission ihre Arbeit aufnehme.

„Allerdings langt uns dies nicht. Wir fordern weiter einen eigenen Kinderschutzbeauftragten für Niedersachsen. Auch müssen wir die Verjährungsfristen für Missbrauchsfälle überprüfen. Die Betroffenen leiden sehr lange unter dem Missbrauch und entscheiden sich aus Scham und Furcht oft erst spät zu einer Anzeige. Die Täter müssen dann noch verfolgt werden können“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Auch müsse für Täter, die sich über das Internet am Missbrauch beteiligten, das mögliche Strafmaß überprüft werden. „Sie sind es, die durch den Konsum der Livestreams und das Geben von Anweisungen, was beim Missbrauch passieren soll, maßgeblich vom Missbrauch profitieren. Daher bitte ich die Landesregierung zu prüfen, ob wir über eine Bundesratsinitiative eine Verschärfung der Strafen in diesen Fällen erreichen können“, so Toepffer.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**13. September 2019**

**Dammann-Tamke: Wiederaufbau klimastabiler Wälder ist eine Generationenaufgabe, die am Ende Geld kostet**

Hannover. „Unsere Wälder stehen seit 2017 permanent in einem realen Stressszenario. Nach den Stürmen Kyrill und Friederike in 2017 kam 2018 eine anhaltende Dürreperiode hinzu. Damit kamen hohe Temperaturen und extreme Sonneneinstrahlung hinzu“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke in der heutigen Landtagsdebatte zum Zustand der Wälder. Als Folge zu den genannten Stressfaktoren sei dann noch eine Schädlingsplage hinzugekommen. Beispielhaft nannte Dammann-Tamke Borkenkäfer wie beispielsweise den Kupferstecher.

„Die Katastrophe trifft nun vor allem private Waldbesitzer und die mit ihnen verbundene Holzwirtschaft. Die Koalition hat bereits darauf reagiert und in den Haushalt 2019 mehr Mittel für die Abarbeitung der Schäden bzw. der Prävention bereitgestellt“, so Dammann-Tamke. Der Landesregierung sei es gelungen durch eine weitere Umschichtung in Summe 14 Millionen Euro in 2019 für die Waldbesitzer zur Verfügung zu stellen.

„Für die CDU-Landtagsfraktion steht außer Frage, dass der Erhalt und Wiederaufbau klimastabiler Wälder eine Generationenaufgabe ist. Am Ende der parlamentarischen Beratungen werden wir auch über Geld reden müssen“, so der Forstexperte.

Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner habe rund 800 Millionen Euro für die Jahre 2020 bis 2023 aus dem Klimaschutzfond beantragt. „Es wird in den Haushaltsberatungen eine unserer Forderungen sein, die in aussichtgestellten Bundesmittel für die Jahre 2020 bis 2023 in Gänze zu bündeln“, so Dammann-Tamke.

# Aus dem Landtag – Presse September 2019

---

**19. September 2019**

**Toepffer: Ehrbare Ziele von Fridays for Future dürfen nicht gekapert und radikale Linke nicht salonfähig gemacht werden**

Hannover. „Mit Sorge betrachten wir die Entwicklung, dass linksradikale und linksextremistische Gruppen versuchen die Schülerdemos von „Fridays For Future für sich zu vereinnahmen. Die sogenannte ´Interventionistische Linke (IL)´ wird nicht ohne Grund vom Verfassungsschutz in Deutschland beobachtet. Das mit Olaf Lies jetzt ein Minister der Landesregierung an einer Demo teilnimmt, die von dieser Gruppe mitorganisiert wird, ist hochproblematisch. Demokraten dürfen radikale Gruppen nicht salonfähig machen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer.

Dabei spiele auch die Teilnehmerzahl aus den Reihen der ´Interventionistischen Linken´ keine Rolle: „Diese vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung ist Mitorganisator der Klimademo am morgigen Freitag, wie durch die Pressekonferenz am Mittwoch deutlich wurde. Die IL verfolgt damit weiterhin klar ihr Ziel, die Zivilgesellschaft zu unterwandern und sie für ihre Zwecke einzuspannen. Von einem Mitglied der Landesregierung wie Olaf Lies erwarte ich eine klare Positionierung dagegen.“

„Die ehrbaren Ziele unserer Jugend bei ´Fridays For Future´ verdienen Respekt und sie haben den Anspruch gehört und ernstgenommen zu werden. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass dieses tolle Engagement nicht von radikalen Kräften gekapert wird“, so Toepffer.

Mit Blick auf die Teilnahme von Landesbischof Ralf Meister erklärt Toepffer:

„Kirche soll und muss sich einmischen. Aber mit Blick auf die Mitorganisatoren der IL bei der Klimademo am Freitag hoffe ich auf klare Worte unserer evangelischen Landeskirche.“